

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 127.
Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Mittags um 12 Uhr. Bezugspreis je Monat 0.90 RM. frei
in Haus, einschließlich der Posten, "Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt",
"Der bessere Mann", "Unterhaltungsbeilage". Durch die Postanstalten
und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein
Schadenersatz geleistet.



Druckanschrift: Zeitung.
Die Millimeter-Anzeigen-Beile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
Ermäßigte Grundpreise nach Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen
im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämt-
liche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Preis-
liste Nr. 3. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.
D. H. II 500

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Hauptstiftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg
Nr. 36 Donnerstag, den 19. Lenzing 1936 29. Jahrgang.

Zuversicht in London

Entspannung durch die Teilnahme Deutschlands an den Ratsverhandlungen

Der Vertreter der deutschen Reichsregierung bei den
Verhandlungen des Völkerbundesrates in London, Botschafter
von Ribbentrop, ist auf dem Luftweg in London eingetroffen.
In seiner Begleitung befinden sich Ministerialdirektor
Dr. Diehoff, Vortragender Legationsrat Wermann, die
Legationsräte Wingen und Dr. Schmidt, Legationssekretär
Dr. Kordt, der Adjutant des Botschafters, Thorner, und der
Pressereferent Dr. Böttger.

Der Entschluß Deutschlands, an der Beratung des Völ-
kerbundesrates teilzunehmen, hat in London entspannend
gewirkt. Die deutsche Delegation findet in der Presse allge-
mein eine sehr günstige Beurteilung. Man weiß darauf
hin, daß ihre Zusammenstellung erwarten lasse, daß die
deutsche Regierung die Verhandlungen mit allem Ernst be-
treiben werde und sich für alle juristischen und völkerrecht-
lichen Erörterungen vorbereite habe. In den Zeitartikeln
der Presse kommt fast einhellig zum Ausdruck, daß die
Annahme der Einladung durch Deutschland eine neue
Etappe der Herbeiführung. "News Chronicle" stellt dazu fest,
daß Europa zwar noch sehr weit von dem Ziel einer all-
gemeinen Einigung entfernt sei, aber daß doch immerhin
die Grundlagen dafür nunmehr gelegt seien. Die Defensiv-
politik aller Länder dürfe und bungere nach Frieden und
wäre es nicht vertrieben, wenn die jetzige Gelegenheit aus
zunutzen oder anderen Gründen nicht voll ausgenutzt
würde. "Daily Mail" schreibt, Deutschlands Uebertretung
bestehe darin, daß es die deutsche Souveränität über ein
einwandfrei deutsches Gebiet wiederhergestellt habe. Aus
diesem Grunde lasse seine angeblich strafbare Handlung die
öffentliche Meinung Großbritanniens wie in den Domi-
nions völlig kalt.

Wachsendes Verständnis

Die Londoner Blätter messen der Erörterung der euro-
päischen Lage durch den Außenpolitischen Ausschuss des Un-
terhauses große Bedeutung bei. Rund 200 Abgeordnete
vertraten die Frage, welche Haltung Großbritannien ein-
nehmen solle. Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet
"Daily Telegraph", daß die Regierung aufgefordert worden
ist, angesichts der allgemeinen Volkstimmung energisch die
Befreiung der Verhöhnung zu verfolgen. Außerdem solle
Großbritannien keine weiteren militärischen Verpflichtun-
gen in Europa annehmen.

Der "Daily Herald" berichtet, daß sich die konservativen
Abgeordneten mit überwiegender Mehrheit gegen die
Uebnahme neuer militärischer Verpflichtungen auf dem
kontinent ausgesprochen hätten. Zweifellos seien die Mit-
glieder der Regierungspartei in ihrer Ansicht bekräftigt wor-
den, daß ein Bündnis mit Frankreich selbst in verkleiner-
ter Form nicht in Frage komme.

Nach der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses,
schreibt "News Chronicle", sei es klar, daß eine große Mehr-
heit der Abgeordneten dafür eintrete, die Friedensvorschlüge
Hitters gründlich zu erwägen.

Es mache sich ein wachsendes Gefühl in der Konser-
vativen Partei und auf der Seite der Opposition bemerkbar,
daß es eine Verzögerung der Aussichten auf eine dauernde
europäische Regelung bedeuten würde, wenn man das
deutsche Angebot ohne weiteres ablehne. Sir Austen Cham-
berlain, der Maßnahmen gegen Deutschland gefordert habe,
ist mit seiner Gruppe in der Minderheit geblieben. Ein
Abgeordneter nach dem anderen habe den Standpunkt be-
zogen, daß England nichts tun dürfe, um die europäische
Spannung zu verstärken. Es sei klar geworden, daß der
Druck der öffentlichen Meinung in der Richtung eines Ent-
scheidungsgegenüber Hitters auf der Grundlage der
Gleichberechtigung das Parlament in einem kritischen Sta-
tus beeinflusse habe.

Englands Kompromißvorschlag

Nach dem deutschen Entschluß wird von der Presse als
das bedeutendste Ereignis der letzten Tage ein englischer
Kompromißvorschlag an die Völkermächte angesehen, der
unter anderem die Einrichtung einer ständigen entmilitari-
sierten Zone von 30 Meilen auf beiden Seiten der franzö-
sischen und deutschen Grenze vorsieht sowie eine Reihe von
Verpflichtungen für beide Teile - Deutschland und Frank-
reich - und eine Nachprüfung des Sowjetpakt. Ferner
wird der Völkerbund zu weiteren Beschlüssen angeregt
werden.

Französische Verärgerung

Die französische Presse zeigt weiterhin eine nervöse Hal-
tung. So schreibt das "Echo de Paris": "Die französischen
Minister beteiligen sich an einer Diskussion, die zu keinem
Ergebnis führen kann und die wahrhaftig gegen die Würde
Frankreichs verläuft." Im "Populaire" heißt es: "Eine
ganze Anzahl der Vorschläge Französisch mißfällt uns; sie
sind teilweise falsch interpretiert worden, aber gerade auf
diese Weise wird ein Volk getäuscht und kann von einem
Tag zum anderen ein grausames Erwachen erleben. Es
wird zur Zeile der Kriegspolitik werden. Die keine anderen

folgen hat als den Selbstmord Frankreichs und ganz Euro-
pas." "Le Sour" lammert: "Einmal mehr: England will
die Rolle des Befrieders und Schiedsrichters zwischen
Deutschland und Frankreich spielen und verlangt von Frank-
reich selbst bei den Erörterungen von Einzelheiten eine
direkte Aussprache mit Deutschland." Der offizielle "Petit
Parisien" klagt: "Frankreich mußte erneut eine Lüge gegen
die geradezu lächerlichen Ideen der Vertreter Dänemarks,
Chiles, Argentiniens, Bolens und selbst des australischen
Präsidenten brechen, der eine höchst überflüssige Höflichkeit
gegenüber dem verlorenen Sohn an den Tag legte."

"Die Welt wird über unsere Friedensvorschlüge mit
dem Führer verhandeln müssen. Der Führer kann
aber nur verhandeln, wenn er das deutsche Volk hinter
sich weiß. Die Welt muß wissen: Wenn der Führer
spricht, dann spricht aus seinem Munde das ganze
deutsche Volk."
Dr. Goebbels am 17. 3. 36.

Einige Artikel in französischen Zeitungen stehen aller-
dings in wohlthuendem Gegensatz zu der starren Haltung, die
sonst überall in der Pariser Presse ihren Niederschlag findet.
So bringt die "Republique" einen Aufsatz des Senators
Callaux, der nach einer Verurteilung des Versailler Ver-
trages für einen Wiederaufbau Europas eintritt. Es sei
allerdings unzweifelhaft, daß Deutschland "seine Unterdrück-
ung" erlebte, aber man müsse doch zugeben, daß es der
schlimmste Fehler wäre, die Vorschläge des Führers einfach
zurückzuweisen oder mit verlegender Vagheit zu prüfen.
Im "Ami du Peuple" tritt der Abgeordnete Taittinger zur
Zeit fast täglich für Verhandlungen zwischen einem sicher-
heitsbewußten Frankreich und Deutschland ein. Die Mehr-
heit der Franzosen sei weniger für das Verfahren empfäng-
lich als für den Frieden schlechthin.

Die zweite Phase beginnt

Die Entsendung einer deutschen Abordnung nach Lon-
don wird in der germanischen italienischen Presse in größter
Aufmerksamkeit gemeldet, ohne daß man jedoch irgend etwas
über den Einbruch des deutschen Entschlusses in England
und Italien sagt. Die Pariser Reichsleiter der
"Stampa" und des "Popolo di Roma" schreiben: Die
deutsche Zustimmung, an den Londoner Verhandlungen teil-
zunehmen zu wollen, werde in Paris als eine neue Entwick-
lung empfunden, die die Lage für Frankreich noch verwickel-
ter mache.

Die "Gazeta del Popolo" schreibt: Die erste Phase des
Rheinlanddramas sei beendet. Der Londoner Korrespondent
des Blattes stellt fest: Fast alle Kreise, mit Ausnahme
der Franzosen, hätten die deutsche Entscheidung freundlich
ausgenommen. Sie begäbe die zweite Phase, die nicht so
unmittelbaren Gefahren unterliege wie die erste, aber doch
verwickelt sei und gewiß länger dauern werde.

Sitzung des Völkerbundesrates

Der Völkerbundsrat trat am Mittwoch um 16 Uhr zu
einer öffentlichen Sitzung zusammen, um die Aussprache
über den französisch-belgischen Entschließungsantrag zum
Locarno-Vertrag fortzusetzen. Als erster sprach Außenmini-
ster Eden.

Der Rat hatte zuvor in nichtöffentlicher Sitzung davon
Kenntnis genommen, daß die deutsche Abordnung erst von
Donnerstag an an den Arbeiten teilnehmen könne.

Außerdem wurde beschlossen, eine Sitzung des Drei-
zechner-Ausschusses, das heißt des Völkerbundesrates ohne
Italien, zur Prüfung der italienischen und abessinischen Ant-
wort auf den Anfang des Monats ergangenen Friedens-
appell am Donnerstagnachmittag abzuhalten.

Außenminister Eden

Führte in seiner Rede in der öffentlichen Sitzung folgendes
aus: Der Rat wurde aufgefordert, seine Pflicht nach Artikel
4 Absatz 2 des Locarno-Vertrages zu erfüllen, nämlich sich
davon zu überzeugen, ob ein Bruch des Artikels 43 des Ver-
sailler Vertrages begangen ist oder begangen wird. Der
Fall ist uns durch die Vertreter Frankreichs und Belgiens in
Reden unterbreitet worden, die auf die Mitglieder des Rates
tiefen Eindruck gemacht haben. Ich habe bereits vor dem
Rat erklärt, daß nach Auffassung der britischen Regierung
ein offensichtlicher und unbefreitbarer Bruch der Bestimmun-
gen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone
begangen worden ist. Es war daher das Recht des Rates,
zu dem gleichen Schluß zu gelangen und diese Feststellung
den Unterzeichnern des Locarno-Vertrages zu unterbreiten.

Nach Auffassung meiner Regierung ist dies jedoch bei
weitem nicht die einzige Aufgabe, die der Rat im vorliegen-
den Fall zu erfüllen hat. Unsere Pflicht ist es, nicht nur zu
erklären, daß ein Bruch begangen worden ist, wir müssen
uns stets unser letztes Ziel und unsere höchsten Verantwort-

ungen vor Augen halten, die darin besteht, den Frieden zu
bewahren und ein gutes Einverständnis unter den Völkern
Europas auf einer festen und dauernden Grundlage auf-
zubauen.

Man muß beachten, daß der Bruch des Locarno-Ver-
trages, so klar er auch ist, nicht eine unmittelbare Bedro-
hung mit Feindseligkeiten in sich trägt. Es ist Zeit vorhan-
den, um mit Klugheit wie auch mit Entschlossenheit die Lage
zu prüfen. So erst auf die Lage ist, so ist sie doch von
der Gelegenheit begleitet, einen dauerhaften Frieden zu
schaffen, und dieses Ziel muß ein wichtiger Gesichtspunkt
für die Schritte selbst sein, die zur Erreichung des Zieles
unternommen werden.

Danach machte Eden die wichtige Feststellung, daß der
Bruch des Vertrages durch Deutschland keine Aktion gewe-
sen sei, die die sofortige Anwendung der im Locarno-Ver-
trag vorgesehenen Maßnahmen notwendig mache.

Der italienische Botschafter in London, Grandi, gab
hierauf eine Erklärung ab, in der er dem Ernst der
Lage sprach. Italien sei sich seiner Verantwortlichkeit auf
Grund des Locarno-Vertrages voll bewußt und bleibe sei-
nen Verpflichtungen treu. Selbstverständlich könnten jedoch
dieserjenigen Staaten, die in den im Zusammenhang mit
dem italienisch-abessinischen Streitfall Maßnahmen getroffen
hätten, deren Ungerechtigkeit das ganze italienische Volk
tief empfinde, nicht erwarten, daß Italien Maßnahmen
anwende, die mit seiner gegenwärtigen Lage unvereinbar
seien. Es müsse verhütet werden, daß aus der gegenwär-
tigen Krise Europa noch gespaltenere und geschwächtere, als
es schon sei, hervorgehe. Man müsse alle Ursachen in Be-
tracht ziehen, die zu der gegenwärtigen Lage geführt
hätten.

Dazu gehörte zweifellos die Schwächung der politischen
Grundlagen des Locarno-Vertrages infolge der Genfer Be-
schlüsse und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem ita-
lienisch-abessinischen Streitfall. In den letzten Monaten sei
der europäische Friede von den Wechseln eines Kolonial-
regimes abhängig gemacht worden, den man in seinen
angemessenen Grenzen hätte halten können und müssen.
Die Erfahrung der letzten Monate werde hoffentlich zumin-
dest zu der Erkenntnis führen, daß in Europa ein einsei-
tiges Friedens-, Zusammenarbeits- und Vertrauens-
problem bestehe.

Paris gegen beiderseitige Entmilitarisierung

Die französische Abordnung hatte sich vor dem Zusam-
mentritt der Locarno-Mächte mit dem englischen Vorschlag,
der die Schaffung einer beiderseitigen neutralen Zone an-
regt, befaßt. Wie aus französischen Kreisen verlautet, wird
der Vorschlag als völlig "annehmbar" betrachtet.

Entscheidend sprach der polnische Außenminister Be-
s, der hervorhob, daß die deutsch-polnischen Beziehungen von
gegenseitiger Achtung durchdrungen seien. Die Worte, die
der deutsche Reichszugler in letzter Zeit in seinen Reden
Polen gewidmet habe, bewiesen den Willen der Reichs-
regierung, die Verpflichtungen, die sie gegenüber Polen über-
nommen habe, aufrechtzuerhalten und machten deutlich,
in welchem Geiste das Reich sie anwenden wolle.

Die Vertreter Spaniens und Argentiniens
sprachen sich gegen eine "einseitige Aufhebung" vertraglicher
Verpflichtungen aus. Der dänische Außenminister Munch
sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zwischen
den unmittelbar beteiligten Staaten einen Schritt zur Wie-
derveröhnung bildeten. Der rumänische Außenminister
Titulescu erklärte: Die Staaten der Kleinen Entente
seien nicht gegen die Erörterung der deutschen Vorschläge.
Diese müßten aber zu gegebener Zeit stattfinden, d. h. nachdem
die von Frankreich und Belgien aufgeworfene Vorfrage ge-
regelt sei. Als letzter Redner sprach der portugiesische Außen-
minister Vasco e Coss, der es dem Rat anheimstellte,
die notwendigen Wege zur Sicherung des europäischen Frie-
dens auf fester Grundlage zu finden.

Hierauf wurde die Fortsetzung der Aussprache auf Don-
nerstagsvormittag 10 Uhr vertagt. Es fiel auf, daß der Ver-
treter von Cua d'or an der heutigen Sitzung nicht teil-
genommen hat. Wie man hört, ist seine Abwesenheit darauf
zurückzuführen, daß seine Regierung nicht gegen
Deutschland sprechen und stimmen will.

Sowjetpakt in Kraft

Ämtliche Verkündung in Frankreich.

Paris, 19. März.

Im französischen Amtsblatt erschien das Gesetz über
die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beistands-
pakt vom 2. Mai 1935. Damit hat dieser Vertrag für
Frankreich Gesetzeskraft erlangt.

Das Dekret hat folgenden Wortlaut: "Der Präsident
der Republik ist ermächtigt, die in Paris zwischen Sowjet-
rußland und Frankreich am 2. Mai 1935 unterzeichneten
Verträge und das angefügte Protokoll zu ratifizieren und,
wenn nötig, zur Durchführung bringen zu lassen."

In der gleichen Ausgabe des Amtsblattes ist auch das
Gesetz über die Erhöhung der Militärabfertigung infolge der
rekrutenarmen Jahre veröffentlicht worden. Dieses Gesetz
war praktisch bereits durch Dekret in Kraft getreten.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. März 1936.

Größtungsgebung in Spangenberg. Am Freitagabend wird als Auftakt zum Wahlkampf eine große Wahlversammlung im Gasthof „Schützenhaus“ abgehalten. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß diese Wahlversammlung geben wird, wie Spangenberg noch keine erlebt hat. Sind wir doch noch alle erfüllt von dem großen Geschehen des 7. März und von dem Gedanken, unserem Führer und Reichstagsler eine Mißbilligung zu geben, die wir noch kein Staatsmann befehlen hätte. Jeder muß wissen, was seine Stimme für eine Bedeutung hat. Gibt es doch, der Welt klar zu machen, daß hier nicht eine Partei steht, sondern das ganze Volk in vollem Vertrauen seinem Führer folgt. Als Referent wurde Reichstagsler Hg. Wehlen verpflichtet. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Stimmberechtigte diese Versammlung besucht, um sich noch einmal anklären zu lassen, wozu er am 29. März seine Stimme gibt.

Keine Konfirmationen am 29. März. Das Landeskirchenamt der Evangelischen Landeskirche für Kurhessen-Nassau hat angeordnet, daß mit Rücksicht darauf, daß Konfirmationen und Wahlen durch die Reichstagswahl am 29. März vielfach in besonderem Maße in Anspruch genommen werden, die für den 29. März angelegten Konfirmationen auf einen anderen Sonntag verlegt werden. In Spangenberg findet deshalb die Konfirmation am Sonntag, den 5. April (Palmarum) statt.

Die Guleitung und vor allem der Guleiter und Stadtbrat Hg. Wehlen während der Wahlpropaganda außerordentlich stark in Anspruch genommen ist, werden die Partei- und Volksgenossen gebeten, den gesamten Schiffsverkehr und alle Besuche bis nach der Wahl aufzuschieben, da alle anderen Arbeiten jetzt zurückgehen müssen.

Verbilligte Urlaubsfahrt in das Sauerland. Vom 18.—20. Mai fährt die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ eine Urlaubsfahrt nach dem Sauerland durch. Zu den Reizgeboten, die von Jahr zu Jahr mehr erschlossen werden, zählt auch das Sauerland; eine eigenartige reizvolle Landschaft in Süd-Westfalen. Ueberwiegend sind die Rundblicke, die sich von den verschneiten Höhen Bergen dem Auge des Wanderers bieten. Die einsamen Täler und unendlich großen Wälder bergen einen sorgfältig gepflegten reichen Wildbestand. — Finnerot, Altdorf, Olpe und andere Orte des süblichen Sauerlandes sollen unsere Urlaubsaufnahme. Die Fahrt einfl. Bahnfahrt, Unterkunft und Verpflegung kostet nur 15,40 RM. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese Fahrt gerade den minderbemittelten Volksgenossen zugute kommen soll, die auch Anteil haben sollen an der herrlichen Einrichtung des NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Anmeldungen sind schnellstens bei den bekannten Stellen abzugeben. Meldefrist ist der 30. März, doch ist anzunehmen, daß die Fahrt schon vorher ausverkauft sein wird.

NSKK-Männer und deutsche Kraftfahrer im Gau Kurhessen. Mit sofortiger Wirkung hat jeder Kraftwagenbesitzer im NSKK die von der Motorbrigade Kurhessen herausgegebenen Wahlparolen sichtbar an seinem Fahrzeug anzubringen. Sämtliche deutschen Kraftfahrer, wenn sie auch nicht dem NSKK angehören, fordern ich ebenfalls auf, sich aktiv in den Dienst der Wahl zu stellen und die bei den Dienststellen des NSKK ausliegenden Wahlparolen abzugeben und sichtbar an ihren Kraftfahrzeugen anzubringen. Jeder deutsche Kraftfahrer stellt sich mit seinem Fahrzeug und seiner ganzen Person in den Dienst der Wahl und hilft so mit an dem großen Freiheitswert des Führers.

Merke! Neuigkeiten

Großfeuer im Hamburger Freihafen. In einem großen Jutalager der Firma Weber, Smith & Co. ereignete sich am Freitagabend ein Brand. Der 175x80 Meter große Lagerkomplex stand bald in hellen Flammen. Die Feuerwehr, die mit sieben Büden zur Brandstelle gekommen war, gab aus 21 Rohren Wasser. Die Löscharbeiten gestalteten sich in dem völlig verqualmten Schuppen außerordentlich schwierig. Nach etwa 1½ Stunden hatte die Feuerwehr die Gefahr beseitigt. Die Nachschichten, zu denen auch der Technische Hilfsdienst herangezogen worden war, nahmen noch mehrere Stunden in Anspruch.

21 Grad Kälte in den schließlichen Bergen. Nachdem es vorher in den schließlichen Bergen zum Teil stärker geschneit hatte, kam es in der Nacht zum Mittwoch zu Aufhellung und stärkerem Temperaturrückgang. Während das Flachland bis 5 Grad Kälte maltrat, wurden in der Reichs-

weiterdienst Werraau meidet, im Gebirge bis zu 10 Grad Kälte gemessen. Groß-Tier im Viergebirge hatte am Mittwochmorgen noch 17 Grad Kälte. Ueber der Schneedecke wurden sogar 21 Grad Kälte festgestellt. In den schließlichen Bergen in Höhenlagen über 900 Meter wuchs die Schneedecke auf einen Meter Höhe an. Bei Winterreise sind die Sportverhältnisse für Ski und Rodel sehr gut.

Grippeepidemie. Heilingsfora wird von einer plötzlich auftretenden schweren Grippeepidemie heimgesucht. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß rund die Hälfte der Bevölkerung krank im Bett liegt. Die meisten Schulen haben geschlossen, die Krankenhäuser sind überfüllt und können keine neuen Patienten mehr aufnehmen. Man plant, das weibliche Schulförps, die sogenannten „Toten“, für die Krankenpflege einzusetzen. Das Geschäftsleben ist durch die Epidemie stark in Mitleidenchaft gezogen. Die Bantien haben beinahe jeden zweiten Schalter aus Mangel an Arbeitskräften schließen müssen. Die Straßenbahn muß ohne Anhänger verkehren, da mehrere hundert Schaffner erkrankt sind. Glücklicherweise sind die meisten Grippefälle leichter Natur.

Sozialismus?

So:

1919—1933, also in 14 Jahren
an Winterhilfe
insgesamt nur 188 Millionen Mark

Oder so:

Der Nationalsozialismus hat

1933/34 358 Millionen Mark
1934/35 367 Millionen Mark
1935/36 bis jetzt 330 Millionen Mark

insgesamt in 3 Jahren

Eine Milliarde Reichsmark

an die notleidenden Volksgenossen verteilt

Damit hat der Nationalsozialismus
seine Solidarität unter Beweis gestellt

Du mußt mithelfen, damit der Führer
sein Werk vollenden kann, und

dem Führer der auch für Dich kämpft,
am 29. März 1936

Deine Stimme geben!

Aus dem notgelandeten Flugzeug geborgen

Wien, 19. März. Die Insassen des auf der Savatpe notgelandeten Verkehrsflugzeuges Wien—Rom sind in der Tatstation Eberstein im Raasdental in Kärnten angekommen. Entgegen den ersten Meldungen waren doch einige von ihnen verfehlt worden. Ein Passagier, ein Kaufmann aus Rom, hatte eine Gehirnerschütterung, Kopfschmerzen und einen Kieferbruch, der Flugzeugunter einen Beinbruch, der Pilot und der Mechaniker mittelschwere Verletzungen erlitten. Unverfehlt war nur der zweite Fahrgast geblieben. Die Gerechteten erzählten, daß sie eine furchtbare Nacht in dem Flugzeug verbracht hätten. Als die Rettungsoperation bis zu ihnen vorgebracht sei, hätten sie bereits halbtot vor Kälte eng aneinandergepreßt in der Flugzeugkabine gelegen. Die Verunglückten wurden in das Spital nach Klagenfurt übergeführt.

30-Stundenfahrt des „23 129“

Friedrichshafen, 19. März. „23 129“ landete am Mittwoch um 16.07 Uhr. Das Luftschiff hatte seit seinem Aufstieg nach einer vorgegebenen Zwischenlandung über Friedrichshafen und dem Bodensee gefreuzt, wobei die Funkanlage und andere technische Einrichtungen geprüft wurden. Die Fahrt, die 30 Stunden dauerte, war vom besten Wetter begünstigt. Deshalb waren zur Landung zahlreiche Zuschauer von nah und fern herbeigeeilt. Kurz vor 16 Uhr trafen die Häftlingsmannschaften an ihre Plätze. Bald erschien das silberglänzende Schiff und lenkte sich langsam hinab. Um 16.07 Uhr war das Luftschiff in den sicheren Händen der Häftlingsmannschaften.

Dreissamer Mord

Bromberg, 19. März. Im Dorf Miesau im Kreis Granden überfielen Banditen das Gehöft des Landwirts Knoll Dismann. Sie ermordeten den Besitzer, seine Ehefrau und eine Magd. Um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen, jündeten sie das Gehöft an.

Ein zwingendes Gebot

Wahlaufruf der Reichswirtschaftskammer.

Der Führer und Reichstagsler hat das deutsche Volk für den 29. März zur Wahl aufgerufen. Es gilt, an diesem Tage erneut vor aller Welt feierlich zu beweisen, daß hinter einer kraftvollen Führung ein einiges deutsches Volk steht.

Nur eine Nation der Ehre, der Freiheit und Gleichberechtigung kann die Grundlagen für eine friedliche Arbeit und für ein kulturelles, soziales und wirtschaftliches Wohlergehen des Volkes schaffen. Deutschlands Wirtschaft hat in den drei Jahren nationalsozialistischer Aufbauarbeit einen Aufschwung ohnegleichen erlebt. Der Kampf des Führers und seiner Regierung kann allein auch für Deutschlands Wirtschaft die Voraussetzung für ihre weitere Entwicklung geben. Nur eine Wirtschaft in einem starken, den Frieden der Völker auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten erstrebenden Staat kann sich im eigenen Lande zum Segen des ganzen Volkes entfalten und im friedlichen Weltbewerben der Völker auf dem Weltmarkt seinen vollen und notwendigen Anteil zur Befriedung und Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt beitragen.

Es ist daher nicht nur eine selbstverständliche Dankeschuld für die Aufbauarbeit der Vergangenheit, sondern zugleich ein zwingendes Gebot für die Zukunft, daß Deutschlands gewerbliche Wirtschaft sich am 29. März geschlossen zum Führer und zu seiner Regierung bekennt.

In diesem Sinne rufe ich die Betriebsführer der gewerblichen Wirtschaft auf, am Tage der Reichstagswahl als maßgebende Führer der Betriebe an der Spitze ihrer Gewerkschaftsmittelglieder Mann für Mann ihre Pflicht für Deutschlands Ehre und Freiheit, für den Frieden und für Deutschlands soziales, wirtschaftliches und kulturelles Wohlergehen zu tun.

gez.: Ewald Heer, Leiter der Reichswirtschaftskammer.

Kleiner Weltspiegel

Die polnische Presse widmet dem Generalinspekteur der polnischen Armee, General Rydz-Smigielski, anlässlich seines Namens-tages sehr herzliche Glückwünsche, in denen er als der vom Marschall bestimmte Nachfolger in der Führung der Armee gefeiert wird, der das Erbe Piłsudskis in Erene währt.

Der französische Kammerpräsident Bouisson mußte während einer Sitzung der französischen Kammer wegen plötzlichen Unwohlseins den Vorsitz an einen der stellvertretenden Vorsitzenden abgeben. Kammerpräsident Bouisson leidet an heftigen Nierenschmerzen. Ihm ist bis auf weiteres völlige Ruhe verordnet.

Das englische Unterhaus nahm nach einer langen Aussprache die Voranschläge des Luftfahrtministeriums an. Ein Gegenantrag der Opposition wurde mit 170 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Nach Bessermeldungen aus Damaskus betreiben die Nationalisten die Gründung einer syrischen Nationalarmee, zu der sich bereits 10 000 Mann gemeldet haben. Die Freiwilligen verpflichten sich, den Befehlen des nationalen Blocks zu gehorchen.

Die deutsche Regierung hat die neue, von Oberst Franco gebildete Regierung Paraguanas anerkannt. Gleichzeitig erfolgte die Anerkennung durch die übrigen Mächte.

Der polnische Sejm hat den Gesetzentwurf, der die sogenannten Schädigungen in Polen unterjagt, an den Ausschuss zurückverwiesen, da die Regierung einen Kompromissantrag eingebracht hat, wonach das Verbot zwar grundsätzlich für ganz Polen aufrechterhalten bleibt, während jedoch für den Bedarf der Juden, Mohammedaner und Karaimen (einer urchristlichen Sekte) gewisse Ausnahmen zugelassen werden.

Schwarzes Brett der Partei.

Zu der am Freitag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr im „Schützenhaus“ stattfindenden

öffentlichen Groß-Rundgebung

ist es Pflicht aller Parteigenossen, aller NS.-Gliederungen mit ihren wahlberechtigten Angehörigen, zu erscheinen.

Der Ortsgruppenleiter.

Das Wahrzeichen der Alva

Ist der ägyptische Bogenschütze - charakteristisches Merkmal jeder Packung und Bürge für die hohe Qualität der „ALVA“-Mischung, deren Aroma durch 35er Macedonen-Tabake noch veredelt wurde.



Nur einer schafft's: Der Führer. Halte ihm die Treue!

Die Verständigung mit Polen ist ein Beweis dafür, daß es Adolf Hitler und seiner Regierung Ernst ist mit einer auf weite Sicht betriebenen Verständigung der Völker und einer Überbrückung der Gegensätze, die Europa nahe an den Rand des Zusammenbruchs getrieben haben.

Reichsbahn als Wirtschaftsfaktor

Von Generaldirektor Dr.-Ing. Dorpmüller.

Das Jubiläum des hundertjährigen Bestehens, das die Deutsche Reichsbahn mit allen deutschen Eisenbahnen im vorigen Jahre feierlich begehen konnte, hat das gewaltige Unternehmen der Deutschen Reichsbahn in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestellt. Der Führer hat die Reichsbahn damals als erstes ganz großes sozialistisches Unternehmen bezeichnet, das mit einer echten Gemeinshaftleistung aller ihm Dienenden der Träger des gewaltigen deutschen Gesamtverkehrs sei und als Wirtschaftsfaktor ersten Ranges auch in Zukunft vor Schaden bewahrt werden müsse. Mit ihrem ausgereichen Anlagekapital von fast 27 Milliarden RM., einem Streckennetz von mehr als 54 000 Km., einem Personalstand von zuletzt rund 665 000 Bediensteten im Jahresdurchschnitt und einem Jahresumsatz von über 34 Milliarden RM. auf der Einnahme- und Ausgabe Seite ist die Deutsche Reichsbahn in der Tat der weitest entwickelte Wirtschaftsbetrieb in Deutschland, mit dem sich kein anderes Unternehmen auch nur annähern lassen kann. Allein die Zahl von 665 000 Arbeitern, die in den Eisenbahnen, die im unmittelbaren Dienst der Reichsbahn stehen, bedeutet im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung im Deutschen Reich, daß ungefähr jeder 100. Deutsche ein aktiver Eisenbahner ist. Rechnet man dazu noch die Angehörigen dieser Bediensteten sowie die im Ruhestand lebenden Beamten und früheren Arbeiter gleichfalls mit ihren Angehörigen, so kommt man auf mindestens 3 1/2 Millionen Volksgenossen, die von der Reichsbahn erhalten werden; da das rund 5 v. H. unserer Volksgemeinschaft sind, ist also etwa jeder 20. Deutsche in seinem Lebensunterhalt mehr oder weniger von der Reichsbahn abhängig. Dem entsprechen dann auch die gewaltigen Aufwendungen, die die Reichsbahn alljährlich für Gehalts- und Lohnzahlungen, für Ruhegelder, Wahlrechtsbezüge und dergleichen zu machen hat. Rund 2 Milliarden RM. im Jahre für die Versorgung des aktiven Personals, dazu etwa 440 Millionen RM. für Ruhegelder und Hinterbliebenenbezüge, zusammen also rund 2 1/2 Milliarden RM. jährlich oder 200 Millionen RM. in jedem Monat an baren Auszahlungen, die über die Verbraucher an die deutsche Wirtschaft fließen, — das sind gewiß ansehnliche Summen, die die Bedeutung der Reichsbahn als Wirtschaftsfaktor erweisen.

Aber damit nicht genug. Vielseitige Nebengewerbe des Eisenbahnverkehrs (Expeditionsgewerbe, Bahnhofswirtschaften, Reisebüros usw.) werden von der Reichsbahn befruchtet, und zahlreiche Vorkaufsbetriebe sind für den mannigfaltigen Bedarf der Eisenbahnen, der bei der technischen Struktur des Eisenbahnverkehrs nahezu alle Warengruppen in fast sämtlichen Zweigen der deutschen Wirtschaft erfährt. Die Reichsbahn erscheint hier als Auftraggeber großer Stills. Sie steht auf diesen Wegen jährlich weit über 1 Milliarde RM. in reinen Aufträgen an.

In den drei Jahren 1933 bis 1935 hat die Reichsbahn in freier Hand dem Maße, zu dem sie dank der allgemeinen und eigenen Aufwärtsentwicklung infandgeleitet wurde, bei Spielweise allein für Bauausführungen annähernd 1 Milliarde RM. ausgegeben. Bei den Beseitigungsaufträgen nehmen die Ergebnisse der Bauwerke, Gießereien und Maschinenindustrie die erste Stelle ein; die Aufwendungen hierfür beliefen sich in den drei Jahren sogar auf mehr als 1100 Millionen RM. In der Großordnung folgen die Ausgaben für Kohle und Koks mit rund 640 Millionen RM., für Baustoffe mit rund 200 Millionen RM. für Erzeugnisse der Elektroindustrie und chemischen Industrie mit gleichfalls rund 200 Millionen RM. und für den Bezug von Wasser, Gas, Elektrizität und Wärme aus fremden Werken mit rund 180 Millionen RM. Zahlenmäßig nicht mehr so hoch, wirtschaftlich jedoch immer noch sehr bedeutend waren die Aufwendungen für Erzeugnisse der Papierindustrie mit rund 47 Millionen RM., für Textilien mit rund 35 Millionen RM. und für sonstige Warengruppen mit rund 18 Millionen RM. Einschließlich der Löhne für ihre eigenen Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter (rund 900 Millionen RM.) hat die Deutsche Reichsbahn in den Dreijahreszeitraum von 1933 bis 1935 ungefähr 4 1/2 Milliarden RM. in Arbeit und Leistungsaufträge umgeleitet, durchschnittlich in jedem Jahre des nationalsozialistischen Aufbaus also 1 1/2 Milliarden RM. Allein in Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk konnten damit ungefähr 700 000 Arbeitskräfte in Arbeit und Brot gehalten werden. Wenn man dem gegenüberhält, daß diese Aufträge für die Reichsbahn in den Jahren 1931/32 auf ungefähr 1 Milliarde RM. zusammengekrumpft waren, so wird aus diesem Vergleich der große Aufstieg sichtbar, der sich im Dritten Reich für die Reichsbahn und die für sie arbeitenden Industrie- und Gewerbebetriebe vollzogen hat.

Aus diesen Zahlen ergibt sich zugleich der wesentliche Anteil, der der Reichsbahn an den großen Erfolgen des Kampfes der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit zuerkannt werden muß. Zwei große zufällige Arbeitsbeschaffungsprogramme zu 336 Millionen RM. (1933) und zu 731 Millionen RM. (1933/34) zeigten hier den sozialistischen Dienst, den die Reichsbahn mit ihren Auftragsarbeiten der deutschen Wirtschaft erwiesen hat. Bedeutende Neubauten (z. B. Berliner Nord-Süd-Bahn, Rügenbahn und Elektrifizierung weiterer Strecken) und viele technische Neuerungen (Motorisierung), die auf diese Weise in großem Umfang und beschleunigtem Tempo durchgeführt werden konnten, sind für die Aufrechterhaltung äußere Kennzeichen der Arbeit, die hier geleistet wurde.

Die aus dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung resultierende Belebung des Verkehrs brachte auch für die Reichsbahn erhöhte Betriebs- und Verkehrsleistungen mit sich. Daraus ergab sich ein größerer Bedarf an Arbeitskräften, der in Verbindung mit den Aufgaben aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen zu einer Vermehrung des eigenen Personalstandes der Reichsbahn um annähernd 100 000 Reichsbahnarbeitern bedachten Gewerbe- und Industriezweigen der allgemeinen Wirtschaft wird nach den Anteilen mit einer Mehrbeschäftigung von etwa 300 000 Volksgenossen gerechnet werden können. Die Reichsbahn verleiht also den Arbeitsmarkt um rund 400 000 Arbeitskräfte mehr.

Selbstverständlich ist sich die Reichsbahn ihrer Verantwortung, die sie kraft ihrer Bedeutung als Wirtschaftsfaktor vor dem ganzen deutschen Volke trägt, jederzeit bewußt und sie weiß auch die Aufgaben, die ihr daraus erwachsen in ihrer Tragweite einzuschätzen. Stetige Sorge für die eigene Gefolgschaft und Sicherung des Arbeitsplatzes für möglichst viele Volksgenossen durch Gewährung auskömmlicher und tunlichst gleichmäßiger Beschäftigung in den einschlägigen Wirtschaftszweigen sind daher die Leitgedanken für ihre Maßnahmen auf diesen Gebieten. Möge es wie bisher in enger, verständnisvoller Zusammenarbeit mit der Reichsregierung und der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft gelingen, eine befriedigende Lösung in allen diesen Fragen zu finden, — zum Besten der Reichsbahn, zum Wohle des deutschen Volkes und zum Segen des Vaterlandes!

In einer Front

Im liberalistischen System mußten der Schutz der heimischen Landwirtschaft und die Förderung der Ausfuhrindustrie unüberwindliche Gegensätze sein. Denn in der liberalistischen Marktwirtschaft war ein Schutz der Landwirtschaft nur über den Zoll zu erreichen. Jeder Zoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aber bedeutete praktisch eine Erhöhung für den Verbraucher der Handelsverträge zugunsten der Ausfuhrindustrie. Das nationalsozialistische System der inneren Marktordeung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft hat mit einem Schlag diese Schwierigkeiten beseitigt. Die innere Marktordeung gestaltet es Deutschland heute, diejenigen Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nicht im Inlande erzeugt werden, ohne Gefahr für den Verbraucherspreis aus dem Ausland herbeizunehmen. Damit hat der Zoll seine ehemals beverförmende Rolle ausgespielt. Die deutsche Landwirtschaft ist sogar heute dank der nationalsozialistischen Marktordeung der besten Schrittmacher für unsere Ausfuhrindustrie geworden, eine Tatsache, die in einer Reihe von Handelsverträgen klar erwiesen worden ist.

Freitag abend 8 Uhr spricht im „Schützenhaus“ Reichsredner Pg. Behlen

(letzte Landtagspräsident von Oldenburg) zur bevorstehenden Wahl

Volksgenossen zeigt, daß wir in alter Treue hinter dem Führer stehen. Erscheint in Massen zur gewaltigsten Kundgebung, die Spangenberg je gesehen.

Saalloffnung 7 Uhr

Konzert der Forstschulkapelle

Zur Deckung der Unkosten 10 Pfg Eintritt

Ortsgr. Spangenberg, Propagandaleitung

Bum 1. April jüngeres, kräftiges

Halbtagsmädchen

gesucht.

Koermann, Forstassessor, Forstschule

STEMPEL

liefert billig und schnell

Buchdruckerei

HUGO MUNZER

Offenlegung der Stimmkartei für die Volksabstimmung am 29. März 1936.

Die Stimmkartei für die Volksabstimmung am Sonntag, den 29. März 1936 liegt am Sonnabend, den 21. März 1936 während den Dienststunden und am Sonntag, den 22. März 1936 von 11—13 Uhr im Rathaus zu jedermanns Einsicht aus.

Wer die Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann spätestens bis zum 22. März 1936 bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erheben. Wird der Einspruch für unbegründet erachtet, so entscheidet darüber der Landrat.

Alle Personen, die in die Stimmkartei eingetragen sind, erhalten bis zum Freitag, den 20. ds. Mts. einen Wahlausweis. Wer einen solchen Ausweis nicht erhält, ist nicht eingetragen und muß die Eintragung während der Offenlegung der Kartei beantragen.

Der Wahlausweis ist aufzubewahren und bei der Abstimmung unaufgefordert dem Wahlvorstand vorzuzeigen. Spangenberg, den 18. März 1936.

Der Bürgermeister:
Jenner.

Öffentliche Mahnung.

Die bis einschließlich März 1936 fällig gewesenen Steuern und zwar:

Gehaltssteuer

Staatl. Grundvermögenssteuer einschl. Zuschlag Gemeindezuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer

Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital

Pachtgelder für 1935

Obhgelder 1935

Holzgeld aus Holzverkäufen

Grundsteuer

Bürgersteuer

werden hiermit öffentlich angemahnt und sind bis zum 31. ds. Mts. an die Stadtkasse zu entrichten. Eine Stellung von Mahnzetteln erfolgt nicht.

Beträge, die am 1. 4. 36 noch rückständig sind, werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben (zugänglich des 2. Hg. gesetzlich vorgeschriebenen Säumniszuschläge).

Spangenberg, den 19. 3. 1936.

Stadtkasse Spangenberg.